

Terminvorschau

vom 10. bis 15. März 1980

Montag, 10. 3.

Vorstandssitzung der SPD-Fraktion

Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

(öffentliche Sitzung, Beginn: 10.00 Uhr, Raum 124)

Landschaftsgesetz

Dienstag, 11. 3.

Fraktionssitzungen der CDU, der SPD und der F.D.P.

Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Landschaftsgesetz

Haushalts- und Finanzausschuß

Landesbürgerschaft zugunsten der Firma Beton- und Monierbau AG; hier: Prüfungsbericht des Landesrechnungshofs NRW

Gesetz über Gewerbesteuerbefreiung
Übersicht über die Entwicklung der Finanzhilfe und Steuervergünstigungen in NRW

Schülerfahrtkostenverordnung

Zuschüsse des Landes zu finanziellen Hilfen der Kommunen für in Not geratene Schwangere und junge Mütter zum Schutze des ungeborenen Lebens

Mittwoch, 12. 3.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Donnerstag, 13. 3.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Freitag, 14. 3.

Arbeitsgruppe des Wirtschaftsausschusses (in Moers-Kapellen)

Besichtigung der aufgetretenen Bergschäden im Stadtteil Kapellen

Informationsgespräch mit Vertretern der „Gemeinschaft Bergbaugeschädigter Kapellener“ und des Bürgervereins Kapellen e.V.

Energieversorgung . . .

Fortsetzung von Seite 6

zu setzen, die dann im Konkreten von der Regierung auszuführen seien. Das sei mit dem Antrag auch gemeint. Weiter betone die CDU – wie auch von der Landesregierung dargestellt –, daß in den nächsten 10 Jahren 20 Millionen Tonnen heute bestehender Förderkapazität ersetzt werden müssen. Wenn man auf 100 Millionen Tonnen Jahresleistung kommen wolle, müsse heute über den Bau von 30 Millionen Tonnen neuer Kapazität entschieden werden. Weiter sei dargelegt worden, daß in 20 Jahren nur noch 60 Prozent der Jahresförderung aus alten Lagerstätten kommen könnten und 40 Prozent in neuen Gebieten gewonnen werden müßten. Wenn man bedenke, daß von Beginn der ersten Planungsphase an bis zur ersten Kohleförderung ein Zeitraum von 11 Jahren verginge, könne man mit Sicherheit nicht davon ausgehen, daß das Kohleproblem gelöst sei.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit den Stimmen der SPD- und F.D.P.-Fraktionen vom Ausschuß abgelehnt.

Porträt der Woche

Mitte der sechziger Jahre beeindruckte ein Regierungsrat im Düsseldorfer Wirtschaftsministerium Landtagskorrespondenten mit seiner offenerzigen Ankündigung: „Ich will in den Landtag!“ Er schaffte sein Ziel bei den Landtagswahlen im Sommer 1966 auf Anhieb. Anfang der achtziger Jahre verkündete er nicht minder unverblümt: „Ich will nicht mehr!“ Dazwischen liegen rund 15 Jahre parlamentarischer und ministerieller Feuerprobe, mit Siegen und Niederlagen seiner Partei, der F.D.P., aber auch mit persönlichen Erfolgen und Mißerfolgen.

Gemeint ist Horst-Ludwig Riemer, zehn Jahre Wirtschaftsminister in den sozial-liberalen Koalitionsregierungen unter den Ministerpräsidenten Heinz Kühn und Johannes Rau, davon die Hälfte Stellvertreter des Regierungschefs, und acht Jahre lang Vorsitzender des mitgliederstärksten Landesverbandes der Liberalen im gesamten Bundesgebiet. Eine „Revolte“ seiner eigenen Landtagsfraktion, von der Parteiführung in Bonn gedeckt, brachte ihn, durch eigene Fehler begünstigt, buchstäblich über Nacht um seine hohen Ämter. Nicht aber um seine Ehre und auch nicht um die Verdienste, die er sich um die Liberalen an Rhein und Ruhr erworben hat, und wohl auch nicht um das Ansehen an der Parteibasis, die ihn auch noch als früheren Landesvorsitzenden der Jungdemokraten, stellvertretenden Fraktions- und Landesvorsitzenden kennt.

Riemer, promovierter Jurist, dazu ein praktisch abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften, Ostpreuße von Geburt und Geblüt, war niemals bequem, hat vor politischen und persönlichen Entscheidungen niemals den feuchten Finger in den Wind gehalten, um sich mit Mehrheiten zu arrangieren, war mehr Strategie als Taktiker und hatte bis zu seinem Sturz die Devise nicht gescheut: „Viel Feind – viel Ehr.“ Wer Riemer kennt, weiß, daß dies nicht aus Lust am Streiten geschah, sondern eher aus der Überzeugung, man müsse auch den Mut zum Unbequemen haben, müsse selbst dann Probleme aufgreifen, wenn andere diese noch nicht für lösungsreif oder zur Zeit nicht opportun hielten. Eine respektable Einstellung, die für den Koalitionspolitiker Riemer allerdings zum selbstgebastelten Schleudersitz wurde.

Dabei wollte der liberale Landesvorsitzende Riemer an der Spitze seines Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr „regieren“ und nicht „verwalten“, Anstöße geben und nicht nur reagieren, die komplizierten Zukunftserfordernisse und Erwartungen in den Griff bekommen und nicht um Tagesvorteile feilschen.



Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.)

Sein Ministerrezept – und er war in der letzten Zeit dienstältester Wirtschaftsminister in der Bundesrepublik – hieß: Information, Konzeption, Ausführung, Kontrolle und Feedback. Mit diesem Instrumentarium brachte er, der zudem auf die Eigenständigkeit der Länder gegen die Bundesregierung pochte, das zukunftsorientierte „Technologie-Programm“ auf den Weg, so wie er schon in seinen jungen Abgeordnetenjahren gemeinsam mit einem Sozialdemokraten wichtige Denkanstöße für eine Parlamentsreform gegeben hatte. Riemersche Anstöße reichten darüber hinaus von der Mittelstandspolitik bis zum Umwelt- und Verbraucherschutz.

In der Frage der Kernenergie allerdings verrannte sich der mit hohem technischen Wissen um die Energieproblematik ausgerüstete Minister in die Vorstellung, er allein könnte ein „Plutonium-Zeitalter“ aufhalten und den Bau eines „Schnellen Brüters“ in Kalkar wenn schon nicht verhindern, so doch durch die Verweigerung der Betriebsgenehmigung neutralisieren. Sein jähher Sturz hat ihn dieser Entscheidung enthoben. Als einfacher Landtagsabgeordneter – und auch das nur noch auf Abruf bis zur Landtagsneuwahl im Mai – stellen sich viele Probleme für ihn anders.

War Riemers Sturz auch Riemers Ende? Was in düsteren Novembertagen noch so aussah, erscheint in der ersten Märzsonne bereits in einem anderen Licht. Eine – im Verhältnis zu CDU und SPD – so kleine Partei wie die Freien Demokraten kann und will es sich auch offenbar, bei einer so knappen Personaldecke in Land und Bund, nicht leisten, Riemers vielseitige fachliche Qualitäten brachliegen zu lassen. Schon hat ihn die Kreispartei Düsseldorf für einen sicheren Bundestagslistenplatz vorgeschlagen und ein Verkehrsexperte mit den Erfahrungen Riemers würde einer neuen F.D.P.-Bundestagsfraktion sicherlich gut zu Gesicht stehen.

Karl Fischer